

# Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

## **„Bayerns Vereinskultur stärken – Bürokratie abbauen!“**

– das war das Thema der Aktuellen Stunde der FREIEN WÄHLER am vergangenen Donnerstag im Bayerischen Landtag. Wenn wir unser Ehrenamt nicht unterstützen und schützen, dann können wir uns auch das Heimatministerium sparen – denn Heimat entsteht durch das, was mehr als fünf Millionen Ehrenamtliche in Bayern leisten. Genau dieses in vielen Bereichen für Staat und Gesellschaft unverzichtbare freiwillige Engagement sehen wir FREIEN WÄHLER durch ständig steigende und kaum mehr zu bewältigende Auflagen sowie bürokratische Hürden gefährdet. Gerade das Rettungswesen ist auf das Engagement der Freiwilligen angewiesen. Zu den Einsätzen kommen jedoch noch umfangreiche Dokumentationspflichten hinzu.



Im Musik- und Sportbereich greift für Übungsleiter, Ausbilder und Trainer, die geringe Aufwandsentschädigungen erhalten, das Mindestlohngesetz – bereits ab 2.400 Euro jährlich: Die Staatsregierung hat sich trotz Ankündigungen im Bund nicht ausreichend dafür eingesetzt, dass die hier entstandenen Probleme im Spannungsfeld von Arbeits-, Sozialversicherungs- und Lohnsteuergesetz gelöst werden. Allein die Umsetzung der Brandschutzaufgaben aus dem Jahr 2014 in Vereinsheimen verschlingt Unsummen, die für wichtige Jugend- und Vereinsarbeit fehlen. Die Bewirtschaftung eines kleinen Vereinsheims in Eigenregie ist vom Aufwand inzwischen vergleichbar mit dem Führen eines mittelständischen Unternehmens. Es ist nicht nachvollziehbar, dass riesige Konzerne wie Apple, Amazon und Google bei uns quasi keine Steuern zahlen, unseren Vereinen jedoch die Finanzämter im Nacken sitzen. Ähnlich ist die Situation bei Musikvereinen. Jeder freut sich, wenn die Blaskapelle spielt. Aber wenn Vereine „zu viele“ junge Leute ausbilden, müssen sie erhebliche Summen an die Künstlersozialkasse abführen. Kindergarten- und Pfarrfeste sind wegen der hier inzwischen geltenden Lebensmittel- und Hygieneauflagen ebenfalls kaum mehr durchführbar. Wir FREIEN WÄHLER kämpfen gegen den Bürokratie-Irrsinn und wollen unser Ehrenamt stärken, unsere Vereine schützen – handeln muss die Staatsregierung!

Ihr Joachim Hanisch  
Kommunalpolitischer Sprecher  
Sprecher für Regional- und Landesentwicklung

# R ü c k b l i c k

Am Mittwoch hat der neue Ministerpräsident Markus Söder seine Kabinettsmitglieder vorgestellt. Damit kann die **Staatsregierung jetzt endlich wieder die Arbeit aufnehmen**. Die monatelange Personaldebatte in der CSU hat zu einem politischen Stillstand geführt; viele Aufgaben sind liegengeblieben. Es gibt genügend Themen, die in den kommenden Monaten auf die politische Agenda gehoben werden müssen. Leider zeigt die Kabinettsbildung von Markus Söder, dass er viele Zukunftsthemen nicht entsprechend gewichtet. So hat es Söder versäumt, die Themen Heimat, Landesentwicklung, Energiewende und Tourismus durch eine Neustrukturierung der Ministerien politisch aufzuwerten: Die Heimat hätte einen Platz im Innenministerium verdient – also dort, wo die Zuständigkeit für die „Keimzellen der Heimat“ liegt, nämlich die über 2.000 Kommunen in Bayern.

In dieser Woche haben wir auch gefordert, **nach Ende der parlamentarischen Sommerpause im September zwei zusätzliche Sitzungswochen** anzuberaumen. Hintergrund ist die von der Bayerischen Staatsregierung aus wahltaktischen Gründen von Mitte September auf den 14. Oktober verlegte Landtagswahl. Diese um drei Wochen verlängerte Sommerpause kostet den Steuerzahler eine Menge Geld – pro Monat kommen laut Berechnungen einer Zeitung rund 3,4 Millionen Euro zusammen. Der letzte Sitzungstermin der aktuellen Legislaturperiode ist am 12. Juli 2018 – und wurde weit vor Festlegung des um vier Wochen nach hinten verschobenen Wahltermins bestimmt. 180 Abgeordnete und ihre Mitarbeiter müssen jedoch auch in den 13 Wochen zwischen Mitte Juli und Mitte Oktober bezahlt werden. Ihre Arbeitskraft sollten wir im Interesse der Menschen in Bayern nutzen und die Sitzungsperiode deshalb bis einschließlich September verlängern. Ein solcher Beschluss kommt auch der Arbeit vieler laufender Ausschüsse entgegen – insbesondere dem geplanten Untersuchungsausschuss zum Verkauf von Bayerns größter Wohnungsgesellschaft GBW durch die Landesbank im Jahr 2013 – ein höchst umstrittener Deal des seinerzeitigen Finanzministers Söder.

Wir FREIE WÄHLER fordern die Staatsregierung mit einem Gesetzentwurf und einem Antragspaket auf, die **vollständige Unterrichtsversorgung an öffentlichen Schulen sicherzustellen**. Nachdem im Zuge der aktuellen Grippewelle schwangere Lehrerinnen zu Recht von ihrer Unterrichtstätigkeit befreit worden sind, ist gleichzeitig schonungslos offengelegt worden, wie realitätsfern die Lehrpersonalplanung des bayerischen Bildungsministeriums ist. Auch der Bericht der Staatsregierung im Bildungsausschuss vergangene Woche hat deutlich gezeigt, dass das Lehrpersonal zu knapp bemessen ist. Deshalb fordern wir die Sicherstellung der Lehrkräfte- und Unterrichtsversorgung an allen öffentlichen Schulen in Bayern. Sie ist zentrale Voraussetzung zur Sicherung der Qualität von

Erziehung und Unterricht sowie des Bildungserfolgs der Schülerinnen und Schüler. Zudem ist die konsequente Vermeidung von Unterrichtsausfall wesentliche Bedingung, um Eltern Planungssicherheit hinsichtlich der Abstimmung von Arbeits- und Betreuungszeiten zu geben – und damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten.

Die Kosten für Nachrüstungen von Fahrzeugen mit Euro-5-Diesel-Norm dürfen nicht zulasten der Fahrzeughalter gehen. Das haben wir FREIEN WÄHLER in unserem Dringlichkeitsantrag „**Hardware-Nachrüstungen für Euro-5-Diesel**“ gefordert. Der Verbraucherschutz steht für uns FREIE WÄHLER an erster Stelle. Obwohl die Automobilindustrie erwiesenermaßen Abgasmanipulationen betrieben hat, wird sie hierzulande nicht zur Rechenschaft gezogen. Stattdessen werden eklatante Folgen wie Fahrverbote, Kosten für Umrüstungen und der Wertverlust der Fahrzeuge auf die Käufer abgewälzt. Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick über den Atlantik. Denn während deutsche Autobauer in den USA milliardenschwere Entschädigungen und Strafen zahlen, lassen die Hersteller ihre deutschen Kunden im Regen stehen. Der ehemalige Bundesverkehrsminister Dobrindt hinterlässt wegen seines absoluten Unvermögens sowie seiner Nähe zur Industrie einen turmhohen Scherbenhaufen. Daher muss sich die Staatsregierung auf Bundesebene für Hardware-Nachrüstungen von Diesel-Fahrzeugen ab Euro-5-Norm einsetzen, die nicht durch Software-Updates auf den neuesten Stand gebracht werden können. Das bestätigte am Donnerstag auch der Automobilclub ADAC, der wie wir die Hersteller in der Pflicht sieht – und dafür vonseiten der Politik einen verbindlichen Rechtsrahmen fordert. Technische Lösungen stehen längst bereit, aber niemand will den Worten auch wirklich Taten folgen lassen.

Seit Juni 2017 ist die dritte Novelle der **Düngeverordnung** in Kraft – und sorgt bei bayerischen Winzern und Landwirten für gehörigen Ärger. Denn umfangreiche Dokumentationspflichten, umständliche Berechnungsmethoden und teilweise gegensätzliche Vorschriften lassen viele Fragen offen. Deshalb haben wir FREIE WÄHLER in dieser Woche im Landwirtschaftsausschuss eine Anpassung der Verordnung gefordert. Wenn wir das dramatische Höfesterben im ländlichen Raum beenden wollen, muss sich die Staatsregierung in Berlin für eine Anpassung des Düngerechts einsetzen. Denn mit der derzeitigen Düngeverordnung hat die Agrarpolitik den Bauern und Winzern ein bürokratisches Ei ins Nest gelegt. Viele Landwirte fühlen sich von den neuen Vorschriften überfordert und von der Politik im Stich gelassen – zumal in vielen Regionen noch gar nicht klar ist, wie die Verordnung konkret umgesetzt werden soll. In unserem Antrag haben wir deshalb gefordert, die Dokumentationspflichten zu vereinfachen und die Düngerausbringzeiten an die Erfordernisse der landwirtschaftlichen Betriebe anzupassen. Obwohl die übrigen Landtagsfraktionen den Antrag abgelehnt haben, wollen wir uns weiter für eine Anpassung der Düngeverordnung einsetzen.

# Besuch im Landtag

Es freut mich, dass ich diese Woche wieder eine Besuchergruppe im Maximilianeum begrüßen konnte.

Ich hoffe, die Teilnehmer haben viele interessante Eindrücke von unserer Arbeit im Landtag mit nach Hause genommen.



Schon jetzt wünschen wir Ihnen und Ihren Familien ein frohes Osterfest sowie erholsame Festtage. Unser nächster Newsletter erscheint Mitte April.

## Impressum

---

Joachim Hanisch  
Hintere Marktstr. 13  
92436 Bruck i. d. OPf.  
Tel.: 09434 / 901513  
joachim.hanisch@fw-landtag.de